

Große Anfrage

der Abgeordneten Roth, Dr. Jens, Rapp (Göppingen), Bernrath, Daubertshäuser, Ibrügger, Dr. Klejdzinski, Kretkowski, Dr. Kübler, Müller (Schweinfurt), Oostergetelo, Pfuhl, Ranker, Stahl (Kempen), Dr. Schwenk (Stade), Frau Weyel, Wolfram (Recklinghausen), Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen

Die 1983 einsetzende weltweite Konjunkturbelebung, ausgehend von einer kräftigen öffentlichen Nachfrageausweitung in den USA, ist in den vergangenen Jahren fast ausschließlich von der deutschen Exportwirtschaft genutzt worden. Ein Handelsbilanzüberschuß von rund 75 Milliarden DM im Jahre 1985 unterstreicht diese Feststellung.

Das relativ bescheidene Wirtschaftswachstum des achten Konjunkturzyklus in der Bundesrepublik Deutschland von 2 bis 2,5 Prozent ist im wesentlichen in der Außenwirtschaft erzielt worden.

Die Bundesregierung hat diese Tendenz durch ihre rigorose Umverteilungsstrategie von unten nach oben erheblich verstärkt. Die Arbeitnehmer hatten in jedem der vergangenen vier Jahre real und netto Einkommensverluste hinzunehmen. Das hat auch zu einer Erlahmung der Nachfragekräfte auf dem Binnenmarkt geführt. Das vorhandene Wachstumspotential wurde nicht ausgeschöpft.

Die Leidtragenden dieser verfehlten Wirtschaftspolitik sind insbesondere die überwiegend von der Binnennachfrage abhängigen kleinen und mittleren Unternehmen.

Mit dieser Großen Anfrage wollen wir die Bundesregierung noch einmal nachdrücklich auf ihre Versäumnisse und die daraus resultierenden Benachteiligungen der kleinen und mittleren Unternehmen hinweisen und zu einer Umkehr in der Wirtschaftspolitik auffordern.

Wir fragen die Bundesregierung:

Insolvenzen, Neugründungen und Liquidationen

1. Wie hat sich seit 1980 die Zahl der Insolvenzfälle entwickelt, wie ist die Altersstruktur der insolvent gewordenen Unternehmen, und wie hoch war dabei der Verlust an Arbeitsplätzen und Kapital?

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der drastische Anstieg der Insolvenzfälle auch weiter anhält?

2. Sieht die Bundesregierung in den parallel ansteigenden Zahlen der Arbeitslosen und den Firmenneugründungen seit 1982 einen kausalen Zusammenhang? Welche Beschäftigungseffekte ergeben sich aus den Firmenneugründungen?
3. Wie hoch ist der Anteil der öffentlich geförderten Unternehmensgründungen an den insgesamt festgestellten Neugründungen?
4. Welche Erklärung hat die Bundesregierung für die vergleichsweise schnell angestiegene Zahl der Liquidationen von 135 000 im Jahre 1980 auf mehr als den doppelt so hohen Wert von 290 000 im Jahre 1985?
5. Wie viele Neugründungen haben bislang eine Förderung durch die von der Vorgängerregierung eingeführten Programme zur Eigenkapitalhilfe und zu FuE-Personalkostenzuschüssen sowie durch ERP-Existenzgründungsdarlehen erhalten? Wie verteilen sich die gewährten Fördermaßnahmen auf die verschiedenen Unternehmensgrößenklassen, auf die Branchen und auf die einzelnen Bundesländer? Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß die Bundes- und die rapide wachsenden Länder-Mittelstandsprogramme dringend einer Harmonisierung bedürfen? Sieht sie auch die Gefahr, daß die bereits entstandene regionale Disparität in der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland durch verstärkte Fördermaßnahmen der Bundesländer weiter vertieft wird und den Zielen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ entgegenwirken?
6. Beabsichtigt die Bundesregierung, das Eigenkapitalhilfeprogramm und das FuE-Personalkostenzuschußprogramm über die vorgesehenen Auslauf-fristen 1987 bzw. 1988 fortzuführen, zu erweitern und die Konditionen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, zu verbessern?
7. Ist die Bundesregierung bereit, die Diskriminierung von Alternativbetrieben, Beschäftigungsinitiativen und Selbstverwaltungsbetrieben bei den Existenzgründungsprogrammen zu beseitigen?
8. Wie steht die Bundesregierung zum Vorschlag, Unternehmensgründungen, die speziell auf die Entwicklung und Produktion von Umweltschutzanlagen gerichtet sind, wie technologieorientierte Gründungen durch günstigere Konditionen zusätzlich zu fördern?
9. Wie hat sich die Zahl der im Rahmen des TOU-Modellversuchs geförderten Unternehmensgründungen entwickelt?
10. Wie hoch ist der unter Berücksichtigung der relevanten staatlichen Maßnahmen ermittelte Subventionswert je Beschäftigten bei kleinen und mittleren Unternehmen, in der Landwirtschaft, im Schiffbau, in der Stahlwirtschaft sowie in der Luft-

und Raumfahrtindustrie? Wie haben sich die jeweiligen Subventionswerte seit 1980 verändert?

Wettbewerbsverzerrungen

11. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung gegen den anhaltenden Konzentrationsprozeß im Lebensmitteleinzelhandel ergreifen?
12. Kann die Bundesregierung die Besorgnisse der kleinen und mittleren Einzelhändler entkräften, die vorgesehene UWG-Novelle eigne sich kaum, die bestehenden Wettbewerbsverzerrungen im Handel zu beseitigen?
13. Wie beurteilt die Bundesregierung die zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen von Großabnehmern? Sieht sie Möglichkeiten, mit gesetzlichen Mitteln verstärkt gegen „Knebelungsverträge“ vorzugehen und eine Verlagerung der wirtschaftlichen und finanziellen Risiken auf kleine und mittlere Unternehmen zu unterbinden?

Lücken der Beratungsförderung

14. Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der komplizierten Umweltschutzgesetze und der rapiden Entwicklung der Technologie ihre Beratung für kleine und mittlere Unternehmen auf diesen Gebieten auszubauen?

Forschungsbenachteiligung

15. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, kleine und mittlere Unternehmen über das bisherige Maß hinaus an größeren nationalen und EG-Forschungsprogrammen zu beteiligen?
16. Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, bestimmte Forschungsschwerpunkte zu fördern, die in den Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen hineinreichen?

Vernachlässigung von EG-Förderprogrammen

17. Warum nutzt die Bundesregierung nicht die in der EG geschaffenen Fördermöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen, wie u. a. die Mittel des Sozialfonds als Eigenmittelerersatz bei Existenzgründungen durch Langzeit-Arbeitslose?

Defizite in der Mittelstandsforschung

18. Wie ist das Verhältnis der eingesetzten Forschungsmittel für allgemeine wirtschaftswissenschaftliche Forschungsprojekte und für Vorhaben der Mittelstandsforschung?
19. Inwieweit ist durch breite Streuung bei der Vergabe von Forschungsaufträgen das Gebot der Pluralität in der Mittelstandsforschung gewahrt?

20. Wie hoch ist der Anteil von Forschungsprojekten, die der Erforschung neuer Formen mittelständischer Unternehmen, wie u. a. Beschäftigungsinitiativen, Alternativbetrieben und Selbstverwaltungsbetrieben, gewidmet sind?

Außenhandelsbarrieren

21. Welche Ansätze zu einer Verbesserung sieht die Bundesregierung, die hohe Risikoschwelle für kleine und mittlere Unternehmen durch eine geeignete Form von Ausfuhrbürgschaften abzusenken?

Steuerlasten

22. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Nachteile einer geringeren Kapitalausstattung in kleinen und mittleren Unternehmen am besten durch eine steuerfreie Investitionsrücklage ausgeglichen werden könnte?

Ausgewogenheit im Mittelstandsbeirat

23. Ist die Bundesregierung bereit, im Sinne einer Verbesserung der Mitwirkungsrechte von Arbeitnehmern in kleinen und mittleren Unternehmen einen Arbeitnehmervertreter in den Mittelstandsbeirat beim BMWi zu berufen?

Bonn, den 26. Juni 1986

Roth

Dr. Jens

Rapp (Göppingen)

Bernrath

Daubertshäuser

Ibrügger

Dr. Klejdzinski

Kretkowski

Dr. Kübler

Müller (Schweinfurt)

Oostergetelo

Pfuhl

Ranker

Stahl (Kempen)

Dr. Schwenk (Stade)

Frau Weyel

Wolfram (Recklinghausen)

Dr. Vogel und Fraktion